

Aus dem Gemeinderat

Am vergangenen Montag tagte zunächst der Verwaltungsausschuss und stimmte einstimmig der Annahme von drei eingegangenen Spenden zu. Die anschließende Sitzung des Gemeinderates befasste sich mit folgenden Tagesordnungspunkten:

Landschaftspark Junge Donau – Präsentation des Masterplanes und Beschlussfassung über die weitere Beteiligung

Seit April 2011 sind die neun Kommunen Donaueschingen, Geisingen, Immendingen, Tuttlingen, Mühlheim/Donau, Fridingen/Donau, Inzigkofen, Beuron und Sigmaringen, die Partner Naturpark Obere Donau, die Donauberland GmbH, sowie das Kloster Beuron in der Interessensgemeinschaft Landschaftspark Junge Donau zusammengeschlossen. Der Tuttlinger Oberbürgermeister, Michael Beck, ist Sprecher des Projektes und im Februar 2014 hat Frau Gerlinde Kretschmann die Schirmherrschaft übernommen. Der Auftrag zur fachlichen Begleitung und Moderation des Prozesses wurde an das Landschaftsarchitekturbüro Planstatt Senner vergeben. Die anfallenden Honorarkosten werden nach einem ausgehandelten Verteilungsschlüssel, basierend auf Einwohnern und Gemeindefläche, aufgeteilt. Die Themenschwerpunkte und Leitbilder sind die gemeinsame Positionierung in Europa, die Naherholung und Landschaftsentwicklung, die Mobilität, Kunst, Kultur und Architektur sowie Demografie. Ziel des Landschaftsparks Junge Donau ist es zukünftige Entwicklungen gemeinsam zu planen und neue Projekte und Maßnahmen in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Aktuell liegt nun der Rahmenplan Landschaftspark Junge Donau LPJD mit über 100 Einzelprojekten vor. Der Mehrwert wird besonders schnell an den interkommunalen Ideen ersichtlich, die von allen Partnern mitgetragen werden und die damit eine höhere Chance auf Zuschüsse und damit auf Realisierung haben. Der Gesamtentwurf LPJD mit den einzelnen Projektsteckbriefen wurde dem Gemeinderat in der Sitzung näher erläutert. Der Gemeinderat hat den Rahmenplan zustimmend zur Kenntnis genommen und damit über die inhaltliche Ausrichtung sowie die weitere Projektkoordination entschieden. Die weitere Teilnahme der Gemeinde Immendingen an den Aktivitäten des Landschaftsparks Junge Donau wurde einstimmig beschlossen und die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Vorstellung Ergebnisse Planungskonkurrenz Bürgerhaus Zimmern

Als Ergebnis des Projektes „Leben im Dorf II“ hat die Ortschaft Zimmern den Wunsch nach einem Bürgerhaus formuliert. Infolgedessen wurde beschlossen, eine Mehrfachbeauftragung mit drei Architekturbüros zur Planung eines solchen Hauses auszuloben. Nachdem die beteiligten Büros ihre Arbeiten eingereicht und diese durch den Betreuer des Wettbewerbs (Planstatt Senner) vorgeprüft wurden, fand am Montag, 13.10.2014, die Jury-Sitzung zur Bewertung der Arbeiten statt. Die von der Jury festgelegte Rangfolge sieht auf dem 1. Platz das Büro Architektengruppe Überlingen vor. Die Jury empfiehlt dem Gemeinderat, im Falle der Realisierung (die im Wesentlichen von der Finanzierbarkeit abhängt) des Bürgerhauses, die Architektengruppe Überlingen auf der Basis des eingereichten Wettbewerbsbeitrages mit der Planung des Bürgerhauses zu beauftragen. Frau Hekeler von der Planstatt Senner hat in der Sitzung die drei Entwürfe

der beteiligten Büros sowie das Ergebnis der Jury-Sitzung vorgestellt. Einstimmig folgte der Gemeinderat der Empfehlung der Jury und bestätigte die dort festgelegte Rangfolge.

Abrechnung des Sanierungsverfahrens „Ehemalige Immendinger Gießerei und Maschinenfabrik (kurz: IGM) und Aufhebung der Sanierungssatzung

Nachdem mit der Realisierung des Donauuferparkes und dem Aufbringen des Feinbelages im Gebiet „Donaupark“ die letzten Maßnahmen im Sanierungsgebiet abgeschlossen wurden, muss das Sanierungsverfahren zum Ende des Bewilligungszeitraumes dem Fördermittelgeber (Land Baden-Württemberg) gegenüber abgerechnet werden. Die Abrechnung wurde durch den von der Gemeinde beauftragten Sanierungsträger, die STEG, vorgenommen. Herr Schiefele von der STEG hat die Abrechnung in der Sitzung dem Gemeinderat vorgestellt. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahme wurden städtebauliche Missstände insoweit behoben oder verbessert, als öffentliche Sanierungsfördermittel zur Verfügung standen und die Sanierungsbeteiligten zur Mitwirkung bereit waren. Die in diesem Rahmen möglichen Sanierungsmaßnahmen sind nunmehr abgeschlossen. Nach § 162 BauGB ist die Sanierungssatzung aufzuheben, wenn die Sanierung durchgeführt ist. Mit der Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets entfallen Beschränkungen wie die sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 BauGB für Bauvorhaben, Grundstücksteilungen und Rechtsvorgänge und die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften nach §§ 152 - 156a BauGB hinsichtlich der Bemessung von Kaufpreisen, Entschädigungen und des Umlegungsvorteils. Einstimmig hat der Gemeinderat die Sanierungsabrechnung zustimmend zur Kenntnis genommen und die Satzung zur Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets Immendingen „Maschinenfabrik“ beschlossen.

Feststellung der Jahresrechnung 2013 der Gemeinde sowie des Jahresabschlusses 2013 des Gemeindewasserwerks

Kämmereileiter Patrik Müller stellte die von ihm gefertigte Jahresrechnung dem Gremium vor. Das Ergebnis der Jahresrechnung kann als äußerst positiv bezeichnet werden was daran liegt, dass die Gemeinde im Jahr 2013 vom allgemein positiven Konjunkturverlauf ebenfalls profitieren konnte. Der Gemeinderat stellte in seiner Sitzung das Ergebnis der Jahresrechnung einstimmig fest. Die Jahresrechnung 2013 schließt mit einem Gesamtergebnis von 15.276.783,55 € ab, wovon 13.411.527,11 € auf den Verwaltungshaushalt und 1.865.256,44 € auf den Vermögenshaushalt entfallen.

Gegenüber dem Haushaltsplan bedeutet dies eine Zunahme beim Verwaltungshaushalt um 4,5 % und beim Vermögenshaushalt um 21,7 %.

Im Wesentlichen ist die gute Einnahmesituation des Verwaltungshaushaltes den externen Finanzaufweisungen geschuldet. Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer flossen mit 2,323 Mio € rd. 184.300 € mehr in die Kasse. Bei den Schlüsselzuweisungen nach FAG kam es zu Mehreinnahmen in Höhe von rd. 67.900 € auf 3,421 Mio €. Die Gewerbesteuer

konnte das gesteckte Planziel von 650.000 € um rd. 101.000 € leider nicht erreichen. Dafür gab es bei der Vergnügungssteuer Mehreinnahmen von rd. 77.300 €.

Nicht unwesentlich zur Stärkung der Leistungskraft des Verwaltungshaushalts trägt das Ergebnis des Gemeindegewaldes bei. Hauptsächlich konjunkturbedingt und aufgrund eines Sonderhiebtes auf der Fläche des zukünftigen Daimler Technologie- und Prüfzentrums konnten die Holzerlöse um rd. 276.600 € auf rd. 849.600 € gesteigert und insgesamt der Überschuss beim Forst auf rd. 385.700 € erhöht werden.

Bei der Abwasserbeseitigung konnte seit Jahren wieder ein Überschuss erzielt werden. Aufgrund der vorgenommenen Gebührenanpassung zum 01.07.2011 und der wieder vermieteten Franzosenwohnungen errechnete sich per Saldo ein Gewinn von rd. 100.100 €. Beim Bestattungswesen ergab sich ein Abmangel von rd. 83.900 € was einem Deckungsgrad von 46,37 % entspricht.

Ging man bei der Haushaltsplanung noch davon aus, dass eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 472.100 € erwirtschaftet werden kann, sorgten vor allem die vorerwähnten Mehreinnahmen bei den Steuern und Landeszuweisungen sowie beim Forst dafür, dass sich, bei gleichzeitigen Entlastungen beim Zinsaufwand (rd. 41.700 €) und bei der Gewerbesteuerumlage (rd. 26.600 €), ein Überschuss in Höhe von rd. 1.020.327,27 € einstellte, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden konnte. Nach Anrechnung der Kredittilgungen (rd. 272.200 €) beziffert sich die sog. Investitionsrate auf rd. 748.100 €; die Basis dafür, bei der Finanzierung der Investitionsausgaben vollends auf eine Eigenfinanzierung zu setzen. Und dies, obwohl über- bzw. außerplanmäßig beim Kauf von Waldflächen und Grundstücken Mehrkosten erfolgten. Bei der Veräußerung von Grundstücken konnten Einnahmen von 386.967 € erzielt werden.

Die Zuführung des Verwaltungshaushalts reichte aus, um die Restfinanzierung des Vermögenshaushalts sicherzustellen. Die Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage konnten vom Planansatz mit 475.000 € um rd. 329.500 € auf rd. 145.400 € gesenkt werden. Auf die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 282.000 € konnte verzichtet werden. Aufgrund der geringeren Entnahme aus der allgemeinen Rücklage stehen zum Ausgleich kommender Haushaltsschwankungen wieder mehr Mittel zur Verfügung. Wegen der entbehrlichen Neuverschuldung ergeben sich spürbare Einsparungen beim künftigen Schuldendienst.

Der Schuldenstand zum 31.12.2013 beläuft sich auf 2.961.263,49 € (pro Kopf 480,41 €).

Ebenfalls einstimmig festgestellt wurde das Ergebnis des als Eigenbetrieb geführten Gemeindegewasserwerks und der Jahresgewinn zur Tilgung des Verlustvortrages verwendet. Das Wirtschaftsjahr 2013 beim Gemeindegewasserwerk schließt mit einem Gewinn von 15.164,17 € (i. Vj. Verlust von rd. 44.700 €). Das Planziel eines kostendeckenden Ergebnisses wurde nun wieder erreicht. Durch einen stabilisierten Wasserabsatz wurden ausreichend Erlöse erzielt, um die Wasserversorgung aus der Verlustzone zu heben.

Die Veränderung der Umsatzerlöse ist vor dem Hintergrund des Strukturwandels der Gemeinde Immendingen zu sehen. Die französischen Truppen waren 2011 abgezogen. Der Großabnehmer Bundeswehr verbrauchte insgesamt 3.300 cbm weniger als im Vorjahr. Aufgrund der wieder vermieteten Wohnungen der französischen Garnison ist der Wasserabsatz insgesamt wieder angestiegen.

Der Wasserbedarf wurde im Jahr 2013 durch den Wasserbezug vom Zweckverband Wasserversorgung Unteres Aitrachtal mit rd. 242.000 cbm (i. Vj. 230.000 cbm) und aus eigenen Quellen und Tiefbrunnen mit 54.000 cbm (i. Vj. 65.000 cbm) gedeckt. Mit dem gestiegenen Wasserbezug vom Zweckverband erhöhten sich die Bezugskosten. Aus dem Vergleich der Wasserdarbietung und der Wasserabgabe errechnen sich, nach Abzug des innerbetrieblichen Verbrauches (rd. 5.000 cbm), Netzverluste von rd. 43.000 cbm bzw. etwa 14,4 % der Wasserdarbietung. Die Anstrengungen zur Kontrolle der Wasserverluste sollten dennoch konsequent fortgesetzt werden. Ein Teil der nicht abgerechneten Wassermenge wurde für Feuerwehrlösungen und Feuerlöschzwecke benötigt. Der größte Teil der Verluste resultiert aus den auftretenden Rohrbrüchen. Für die Unterhaltung des Leitungsnetzes einschließlich der Hochbehälter wurden rd. 52.000 € (i. Vj. 64.000 €), für Tiefbrunnen und Pumpwerke weitere rd. 9.000 € aufgewendet. Die Wasseruntersuchungen zur Sicherstellung der Wasserqualität kosteten ebenfalls rd. 5.000 €. Bei den genannten Aufwandspositionen bestehen kaum Einsparpotentiale, da hier die laufend anfallenden Unterhaltungen inbegriffen sind.

Beratung und Beschlussfassung des Nachtragshaushaltsplanes 2014

Aufgrund von Mehreinnahmen beim Waldverkauf und bei den Abwasserbeiträgen wurde die Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes erforderlich. Dieser wurde von der Verwaltung erarbeitet und neben den genannten Einnahmen konsequenterweise auch andere bereits bekannte Mehrausgaben gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan berücksichtigt. Das Gesamtvolumen des diesjährigen Haushaltsplanes erhöht sich von 15.795.100 € um 4.391.600 € auf 20.186.700 €. Einstimmig hat der Gemeinderat die Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen.

Budgetberichte per 01.10.2014

Einstimmig hat der Gemeinderat die zum Stichtag 01.10. von den Budgetverantwortlichen abzugebenden Budgetberichte zur Kenntnis genommen. Alle Budgetverantwortlichen gehen nach derzeitigem Stand davon aus, die entsprechenden Budgets einhalten zu können.

Bündelausschreibung für den kommunalen Strom- und Gasbedarf 2016-2017

Die Strom- und Gaspreise befinden sich derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau. Mittelfristig dürfte sich an dieser Situation nicht viel ändern. Langfristig dürften jedoch diese Preise wieder ansteigen. Die Gt-service GmbH des Gemeindetages empfiehlt daher die bestehenden Lieferverträge bis 30.11.2014 zu kündigen und im kommenden Jahr an der 14. Bündelausschreibung für die Lieferjahre 2016-2017 teilzunehmen. Einstimmig hat der Gemeinderat der Empfehlung folgend beschlossen, die bestehenden Lieferverträge zu kündigen und an der Bündelausschreibung teilzunehmen. Der Auftragserteilung und Vollmachtserteilung an die Gt-Service GmbH wurde zugestimmt.

Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Bahnhofsareal“

Die Gemeinde beabsichtigt, das Gebiet des Bahnhofes mit Umfeld und angrenzenden Grundstücken zu überplanen. Angedacht ist u.a. die Ausweisung eines Standortes für ein Hotel im Bereich des Bahnhofes bzw. des Bahnhofsumfeldes. Zur Sicherstellung der gemeindlichen Planungsabsichten sowie einer allgemeinen geordneten städtebaulichen Entwicklung soll der Bebauungsplan „Bahnhofsareal“ aufgestellt werden. Das Verfahrensgebiet umfasst im Wesentlichen das Bahnhofsgebäude, die Bahnhofstraße und den Omnibusbahnhof. Im Norden begrenzt die B311 das Bebauungsplangebiet. Im Westen endet das Verfahrensgebiet an der Einmündung Schwarzwaldstraße – Bahnhofstraße, selbiges gilt für die östliche Grenze. Im Süden endet das Gebiet am Bahnsteig bzw. am Zugang zu den Gleisanlagen. Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen den Bebauungsplan „Bahnhofsareal“ mit genannter Abgrenzung aufzustellen.

Bauanträge

In der Sitzung wurden drei Bauanträge sowie zwei beantragte Nutzungsänderungen beraten. Einstimmig hat der Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen bei vier Vorhaben einschließlich der teilweise erforderlichen Befreiungen erteilt. Ein Vorhaben war lediglich zur Kenntnisnahme.